

Matrix. Fortschritt durch Märkte?

Rainer Bartel

Papier für momentum'13 – Fortschritt (Kurzfassung)

Hallstatt, 17.-20. Oktober 2013

Version: 30. Juli 2013

Abstract

Matrix ist ein Begriff zum einen für eine fiktive Welt („Matrix Fiktion“), zum anderen für ein schematisches Hilfsmittel zur Erfassung der Realität, zur Strukturierung der Information und zur Gestaltung der Welt („Matrix Organisation“). Beide Matrizen sind jeweils eine „Matrix Markt“: die eine ist eine ideelle Vorstellung von Markt, die andere ein Organisationswerkzeug für den praktischen Markt. Die „Matrix Fiktion“ drückt die traditionelle Denk-, Analyse- und Erklärungsweise des Marktes aus, die „Matrix Organisation“ ist deren konkrete Anwendung. Die Frage wird bearbeitet, ob weitere Bereiche des Gesellschaftslebens wirtschaftlich und sozial sinnvoll als ein bestimmter Markt jeweils organisiert werden können, um dadurch sozialen Fortschritt zu erzielen. Was die Leistungsfähigkeit, die vom Marktmechanismus erwartet werden kann, und mit welchen institutionell-organisatorischen Hilfsmitteln kann ein bestehender Markt verbessert oder ein neuer Markt eingeführt werden? Die Vorschläge beziehen sich auf folgenden Bereiche: Politikauswahl, Politikberatung, Gesellschaftsdebatte, Arbeitsvermittlung, Partner_innen_wahl sowie Inflationshöhe und -struktur.

Inhalt

1. Matrix und Matrix: zwei inhaltliche Ausprägungen	1
2. Matrix + Matrix = Fortschritt?	4
2.1. Traditionelles Verständnis: Information und Transaktionskostenminimierung	4
2.2. Nutzenwendungen des Marktkonzepts in der Realität	5
4. Schlussbemerkung.....	19
Literatur.....	20
Endnoten	22

„Der nobelpreisgekrönte US-Physiker David Jonathan Gross glaubt weiter daran, dass eine Weltformel (*‘theory of everything’*), die alle bekannten Phänomene allumfassend erklärt, gefunden werden kann. ‚Je mehr wir wissen, umso mehr nimmt auch unser Unwissen zu, dennoch werden wir klüger‘ (...). (...) die Sprache, und darunter die Mathematik als höchste Form, die uns von anderen Wesen unterscheidet, habe ‚unendliche Kapazitäten‘. (...) ‚Wir kommen der Lösung näher‘, (...) (APA/red, derStandard.at, 21.7.2013).“

1. Matrix und Matrix: zwei inhaltliche Ausprägungen

a) Matrix 1: die Fiktion

Der Film *Matrix* spielt mit der Fiktion vom wirklichen Leben und somit eigentlich mit Platons Höhlengleichnis. Matrix ist Modell, ist Abstraktion von der Realität, ist Analysemittel. Schon Parmenides und Platon treffen eine Unterscheidung zwischen den Begriffen Wirklichkeit und Erscheinung: zwischen der Realität, wie sie eben wirklich ist, und der Form, wie wir sie nur auffassen können; und das eine ist mit dem anderen nicht systematisch deckungsgleich. Einzig und allein Logik, abgehoben vom (trägerischen oder zutreffenden (?) Bild der Realität könne nach deren Meinung zu wahrer Erkenntnis führen. Denn Logik befasst sich als reine Disziplin mit folgerichtigen Ideen und nicht mit unzuverlässigen Sinneswahrnehmungen. Das geistige Entdecken der Wirklichkeit sei Erkenntnis, während man sich auf Grund einer wahrgenommenen Erscheinung nur eine Meinung bilden könne, die falsch sein mag und dürfte: Die in der Höhle gefangenen und gefesselten Menschen können eben nur die Schatten der Dinge der Welt draußen wahrnehmen, aber die Dinge selbst nicht sehen und nicht erkennen.

Die Trennschärfe zwischen Welt des Intellekts und der Welt der Sinne sei allerdings nicht vollkommen. Sie weist einen Graubereich auf: Beim Intellekt hält Plato Vernunft und Verstand auseinander. Während sich Vernunft auf reine Ideen, also auf unfehlbare Logik, beziehe, sei ihr der Verstand insofern unterlegen, als er auf Hypothesen beruhe, die nicht belegt werden könnten (vgl. Russell 1950/ 1999).

Diese Differenzierung ist selbst heute noch hoch relevant,

- wenn es um die grundlegende Auseinandersetzung um den quasi natur- oder gottesgesetzlichen Charakter ökonomischer Wirkungszusammenhänge geht und somit um die Streitfrage über die rein objektive, empiriefreie oder -ferne Erkenntnisfähigkeit und Beweisbarkeit ökonomischer Zusammenhänge sowie

- wenn es – etwas weniger fundamental – graduell um die Kritik am „Modell-Platonismus“ geht (Albert 1963: 45)¹, der seine Schlüsse aus nicht hinterfragten Axiomen ziehe (zu viel logische Deduktion) und daher die Realität zu sehr aus den Augen lasse (zu wenig empirische Induktion).

Der Soziale Positivismus kann *in extremis* als Absage an die Empirie gelten; er kritisiert (zwar zu Recht) die erkenntnistheoretische Schwäche des Kritischen Rationalismus und schließt ihn (doch zu Unrecht) kategorisch aus dem Möglichkeitsraum aus.

Die post-keynesianische als wohl bedeutendste heterodoxe (alternative) Strömung in der Ökonomik plädiert für ein strukturell-historisches Analysieren der Realität mit einem konservativen (nicht überinterpretierenden) Einsatz mathematisch-statistischer Methoden: Die post-keynesianische Kritik geht somit in beide methodische Richtungen; sie ist

- erstens eine Kritik am Empirismus als einer starken Empiriegläubigkeit und -hörigkeit (Kirchgässner 1983: 511 ff.), aus der heraus formale Methoden unbewusst oder fälschlich, unreflektiert oder strategisch angewandt werden – das trifft Platons Grundeinwand –, und
- zweitens eine Kritik am blinden (oder intentionellen?) Vertrauen in bedingungslos übernommene Prämissen (Helbing/Kirman 2013: 23 ff.) – nach Platon quasi eine Denkschwäche.²

Wir befinden uns hiermit in Platons Graubereich zwischen Intellekt und Verstand, wo er die spätere Ökonomik als eine Realwissenschaft gleichsam wieder aus den reinen Sphären der Geisteswissenschaft auf den Boden der Realität und ihrer teils subjektiven Auffassung herunterholt. Dort befindet sich die Ökonomik eben im Spannungsfeld des Kritischen Rationalismus (vgl. Popper 1934/2004):

- zwischen der Deduktion aus tatsächlichen/vermeintlichen/vorgeblichen (?) Axiomen und argumentierbaren/kommunizierbaren/überprüfaren (?) Prämissen einerseits
- und andererseits der gangbaren/zulässigen/zuverlässigen (?) Induktion neuer, generell-abstrakter/nützlicher (?) Theorien aus empirischen Beobachtungen heraus.
- Noch dazu ist im Entstehungszusammenhang solcher Theoriebildungstechniken eine Interdependenz zwischen Deduktion und Induktion nicht wegzudiskutieren, welche die analytische Klarheit erschwert (Bartel 2013: 8, 109 f., 117).

Immerhin bietet die neuere Auffassung insofern einen Ausweg, als sie – abgesehen von der Beurteilung des Analyseansatzes – die Nützlichkeit der Hypothesenbildung auf der Grundlage von Prämissen darin sieht, dass eine neue Hypothese, so abwegig sie auch erscheinen mag, die Menschen in die Lage versetzt, die Dinge anders zu sehen als bisher.³ Allerdings enthebt uns das nicht der ethischen Verpflichtung, zwischen nützlicheren und weniger nützlichen Hypothesen und Theorien im Hinblick darauf wertend zu unterscheiden, dass sie besser oder schlechter für die Lösung aktueller und wichtiger Problemstellungen geeignet seien (Rothschild 1999: 244 ff.).

b) Matrix 2: die Organisation

Eine Matrix ist eine formale Schematisierung komplexer Information mit den Zielen, Übersicht und Verständnis zu ermöglichen, also nach Möglichkeit Wahrnehmung und Verstand zu produzieren sowie diese Ergebnisse planvoll anzuwenden und die Realität ggf. danach zu organisieren. Matrix ist somit generell als ein Hilfsmittel zu sehen. Dieser Begriffsinhalt ist zwar weich, folgt aber immerhin dem Konzept der ökonomischen Effizienz, das durch das rationale wirtschaftliche Verhalten des Menschen zu seinem höchstpersönlichen Vorteil tendenziell realisiert wird. Der ökonomische Effizienzbegriff in der heutigen Phase der verstärkten Kritik an den Ergebnissen des Wirtschafts- und Sozialsystems eher unliebsam geworden ist. Effizienz und ihre allegorische Personifizierung, der *homo oeconomicus*, wurden und werden nämlich als Vorwand für neoliberale Projekte in Wissenschaft und Politik strapaziert (Bartel 2007: 47 ff.). Dennoch ist der Grundtatbestand an sich – das ökonomische Prinzip – sowohl zutiefst menschlich (ob nun erlernt oder gar angeboren) als auch rational in Gestalt eines wissenschaftlich, wirtschaftlich und sozial fundierten Anliegens und im Sinn einer planvoll-zweckmäßigen Organisation sozial-ökonomischen Geschehens (Buchanan/Tullock 1962: 3.3.11; Rothschild 1993: 29 ff.). Effizienz meint Produktivität und Kostenwirtschaftlichkeit und kann daher auch als durchschnittliche Wohlstandsgröße (Realeinkommen pro Kopf der Bevölkerung) angesehen werden (Blanchard et al. 2013: 287 ff.).

Der *homo oeconomicus* ist es, der die traditionelle Matrix des Marktes etabliert hat: sowohl eine Matrix als Fiktion als auch, konsequent auf dieser Basis, eine Matrix als Organisation. Gerade das Spannungsfeld zwischen deduktiv zelebrierter Eleganz und induktiv verfolgter Relevanz verlangt nach einer möglichst unvoreingenommenen, ja nicht überheblichen Betrachtung möglicher Übereinstimmungen der beiden Matrizen: der theoretischen Idee und des praktischen Phänomens „Markt“. Diese Matrizen können sich wie Geschwister mehr oder weniger unterscheiden. Markt ist eben nicht gleich Markt, Marktmodell nicht gleich Marktmodell.

Börsen eignen sich jedoch trotz ihrer bestechenden theoretischen Eigenschaften gerade aufgrund von Gütereigenschaften und Bedarfsdislozierung nur eingeschränkt als Organisationsform.

“Why aren’t all products sold in auction markets? (...) Firms often enter into agreements to provide goods and services for a given price. (...) These contracts are attractive to firms, because they reduce uncertainty. (...) Many (...) products, particularly at the wholesale and retail level, are sold at prices that are preset but not subject to a contract. The customer just come into the store and sees a price tag on each product. (...) Auction markets occur at centralized locations far distant from the actual goods being transacted; there is no need to convey the actual merchandise (pork bellies) from buyer to seller inside the trading room. All that is being sold is a claim, usually registered at a computer. But I cannot by my lunchtime hamburger on a hypothetical New York hamburger exchange. I need it in Evanstone, Illinois, and I need it now!” (Gordon 1990: 227).

Am besten dürfte es sein, wir unterscheiden daher beide Idealtypen:

- Die Börse (zentralisierte Vertragsabschlüsse zu flexiblen Preisen, mit sicherer Absatzmenge und dezentralisierten Gütern) versus
- die „Drehtür“ (dezentraler Gütertausch zu fix vorherbestimmten Preisen und ungewissen Absatzmengen). Die Drehtürsichtweise erfordert jedoch wegen der schwierigeren Bedingungen (Dislozierung, Marktsegmentierung, Produktdifferenzierung etc.) ungleich viel Aufwand zur effizienten Gestaltung des Marktes.

Doch keine der beiden Marktarten, schon gar nicht der „Drehtürmarkt“, funktioniert zuverlässig von selbst: die spontane Ordnung des Marktes ist durch eine gesetzte Wirtschaftsordnung zu regeln.

Daraus sollten wir unsere Schlüsse und Nutzenanwendungen ziehen. Wir überlegen, ob nicht gerade jene Charakteristik des Marktes, deretwegen die Anwendung der ideellen Matrix auf alles und jedes Praktische kritisiert wurde und wird, für spezielle Anwendungszusammenhänge eben doch vergleichsweise geeignet erscheint – und zwar in dem Sinn, dass eine im Allgemeinen noch so abwegig erscheinende Hypothese, Theorie oder Korrelation im Einzelfall eine nützliche Sichtweise darstellen könnte.

Fortschritt ist hier eine Steigerung der „sozialen Wohlfahrt“ (i.S.v. gesellschaftlicher Wohlfahrt): ein umfassendes Konzept für das Wohlergehen der Menschen in quantitativer Hinsicht (Einkommen, Vermögen) und in qualitativer Hinsicht (Umweltannehmlichkeit, Arbeitsplatzbedingungen, Fort-/Weiter-/Bildung, Siedlungsqualität, sanfte Mobilität etc.). Die sich diesbezüglich erhebbende Frage ist, in welcher Hinsicht ein Markt Fortschritt erzeugen kann und in welcher eben nicht. Vielleicht ist die generell-fiktive Matrix Grundlage einer weiteren, bislang noch nicht realisierten konkret-organisatorischen Nutzenanwendung.

*“The body is just terribly complicated. (...) How it all fits.”
(...) “I don’t think it’s really complicated, it’s just our thinking about it makes it complicated. Like a lot of things”
(Updike, J. (1984/2007): *The Witches of Eastwick*. London etc.: Penguin Classics: 189).*

2. Matrix + Matrix = Fortschritt?

2.1. Traditionelles Verständnis: Information und Transaktionskostenminimierung

Die ideelle Matrix Markt verstehe ich als das Konzept des wettbewerblich-kommerziellen Marktes als ein primär über die Preisrelationen gesteuerter Mechanismus zur Allokation (Ressourceneinsatz für Produktion) und Distribution (Verteilung von Einkommen und letztlich Gütern). Alfred Marshall beginnt seine *Principles of Economics* mit diesen Sätzen und (mikro-)fundiert dadurch die Vorstellung von Adam Smith vom dezentralen Funktionieren der Wirtschaft als großes Ganzes:

“Political Economy or Economics is a study of mankind in the ordinary business of life; it examines that part of individual and social action which is most closely connected with the attainment and with the use of the material requisites of wellbeing. Thus it is on the one side a study of wealth; and on the other, and more important side, a part of the study of man. For man’s character has been moulded by his every-day work, and the material resources which he thereby procures, more than by any other

influence unless it be that of his religious ideals; and the two great forming agencies of the world's history have been the religious and the economic.” (Marshall 1890/1920: 4).

Ein Fortschritt wäre es, den Marshallianischen Markt nicht auf alles und jedes anzuwenden, sondern in jenen Bereichen anzuwenden, wo es zweckmäßiger erscheint (Crespo 2013: 759 ff.) und zu effizienten Ergebnissen in einzelwirtschaftlicher Hinsicht (ökonomische Effizienz) wie auch in gesamtwirtschaftlicher Hinsicht kommt (soziale Effizienz).

Das fürs Funktionieren Wesentliche ist, kostenminimal die für die individuellen Optimierungen der dezentralen Entscheidungsträger_innen erforderlichen Informationen zuerst zu konzentrieren und aufzubereiten, dann zu dislozieren, am jeweiligen Ort zu allozieren und letztlich wiederum die darauf basierenden, zu schließenden Kontrakte selbst zwischen dezentralen Wirtschaftsteilnehmer_inne_n untereinander abzustimmen. Ein funktionstüchtiger Markt sollte nämlich nicht nur minimale Produktionskosten, sondern auch minimale Transaktionskosten (vgl. Commons 1931: 648 ff.) und schließlich minimale Preise hervorbringen. Transaktionskosten sind im Wesentlichen Informations-, Verhandlungs-, Kontroll- und Durchsetzungskosten. In dieser Hinsicht muss Dezentralität mit Zentralisierung vereinbar gemacht werden. Das funktioniert gut auf einem kleinen Marktplatz und am besten an einer Börse (Bofinger 2011: 15 ff., 29 ff., 65 ff.), aber weniger gut auf breit gestreuten „Drehtür-Märkten“ (Gordon 1990: 212 ff., 227 ff.).

2.2. Nutzenwendungen des Marktkonzepts in der Realität

a) Politischer Bauchladen und Mehrheitswille: effiziente Allokation

Auf einem politischen Markt bieten die wahlwerbenden Parteien für den Fall ihrer Wahl Regierungsleistungen an; in den Wahlen wählt der Souverän durch seine Stimmabgabe diese oder jene Partei und somit dieses oder jenes umfassende Politikprogramm seinen Präferenzen gemäß. Die normative Theorie demokratischer Wirtschaftspolitik (*Social Choice Theory*) geht davon aus, dass sich dadurch der politische Wille der Mehrheit der Wähler_innen_schaft auf dem politischen Markt konkret und zutreffend durchsetzt. Hingegen arbeitet die positive (reine) Theorie der demokratischer Wirtschaftspolitik (*Public/Collective Choice Theory*) heraus (vgl. Bartel 2013), dass

- weder das politische Angebot hinreichend spezifiziert wird (die Wähler_innen weitgehend im Ungewissen lassen, sich nicht konkret festlegen, sich möglichst nicht binden lassen und sich nicht leicht der Kontrolle unterwerfen)
- noch im Allgemeinen die politische Nachfrage kostenlos informiert und dadurch rational erfolgt
- noch im Speziellen, denken wir an den Lobbyismus als effektive Investition in zukünftige Nutzen, jede Stimme gleich viel wiegt und

insgesamt deshalb die Wahlbeteiligung niedrig ist und niedriger wird. Dabei ist es aber nicht generell angezeigt, aus dem individualistischen Erklärungsansatz (Matrix „Markt“) Verhaltensweisen abzuleiten, die auf die Schlechterstellung der anderen zum eigenen Vorteil hinauslaufen muss. So wie Markttransaktionen jeweils beide Kontrahent_inn_en besserstellen (können/sollen), so können/sollen auch politische Aktionen alle besserstellen.⁴

Doch mit Blick auf die Realität scheint es im Interesse der Wahlwerbenden zu liegen, einen Informationsvorsprung gegenüber den Empfänger_inne_n zu erhalten (Mueller 1989: 248), um einerseits mehr Stimmen attrahieren zu können als bei ausgewogenem Wissensstand und andererseits um die lobbyistische Prägung und wahren Intentionen der Politik zu verdecken, die nicht zuletzt auf individuelle und partikulare Interessen abzielen. Das erinnert ökonomisch sehr an die Produktdifferenzierung, die Unternehmen vornehmen, um sich trotz scharfen Wettbewerbs einen Preissetzungsspielraum einzuräumen; aus der theoretisch vollkommenen Konkurrenz wird praktisch eine monopolistische Konkurrenz mit Nutzenumverteilung von den Nachfrager_inne_n zu den Produzent_inn_en und zusätzlich auf Kosten der Allgemeinheit, gemessen an den Wohlfahrtsmaßen „Konsumentenrente“, „Produzentenrente“ und „Gesamtrente“ (Bofinger 2011: 118, 145 ff.).

Fazit ist eine Wettbewerbspolitik, die auf die wahlwerbenden Parteien anzuwenden ist, so dass nicht „Rente“ von den der Mehrheit der Wähler_innen auf die Minderheit an Lobbyist_inn_en umverteilt wird, also die Legitimitäts- und Kompetenznehmer_innen die Legitimitäts- und Kompetenzverleiher_innen nicht übervorteilen. Dazu müssen die Transaktionskosten für die Wahlberechtigten minimiert werden und für die Wahlwerbenden erhöht (man kann nicht mehr leichtfertig irgendetwas kommunizieren).

Denken wir nur an die kaum differenzierten, wenig konkreten Wahlprogramme (quasi wir wollen und tun nur das Beste – aber die anderen sagen das auch und sehr ähnlich) und an die lähmend-unlesbaren Regierungserklärungen (alles wird noch wesentlich besser und nicht oder nur unwesentlich teurer). Ein stärkerer Einschlag ökonomischer, im Speziellen sogar neoklassischer Denkweise stärkt auch das Denken in Prioritäten und in Kosten-Nutzen-Kategorien und schwächt das „Gießkannenprinzip“ (jede_r kriegt etwas aus dem gemeinsamen Budget/-„Topf“, möglichst gleich viel).

Also müssen die ideellen Matrizen konkretisiert werden. Der Druck kommt im medialen Zeitalter von den Medien, angestachelt von Politikverdrossenheit, Zivilgesellschaft und Medienkonkurrenz.⁵ Wahrscheinlich braucht es schließlich eine institutionalisierte Kooperation, um das Projekt „Politikmatrix“ zentral zu koordinieren. Das Prinzip „www.wahlkabine.at“ gehört verbreitert und verfeinert, institutionalisiert und seine Ergebnisse gehören zentralisiert. Das könnte etwa in Form solcher Matrizen geschehen, die von den Wahlwerber_inne_n auszufüllen und alle zum selben Zeitpunkt zu veröffentlichen sind – letzteres, um (mit Blick auf das Cournot’sche Modell des Duopols oder Oligopols), die Kollusion der wahlwerbenden Parteien (Kooperation zum Nachteil der Wählenden) zu vermeiden (Bofinger 2011: 135 ff.).

Tabellarische Übersicht Ebene 1

Stichwörter	Große Themen (T: T ₁ , T ₂ , ..., T _k)			
Große Probleme (P: P ₁ , P ₂ , ..., P _m)	(Prio in T?)	(Prio in T?)	...	(Prio in T?)
	P ₁ \T ₁	P ₁ \T ₂	...	P ₁ \T _k
	(Prio in P?)	(Prio in P?)	...	(Prio in P?)

	(Prio in T?) P₂\T₁ (Prio in P?)	(Prio in T?) P₂\T₂ (Prio in P?)	(Prio in T?) P₂\T_k (Prio in P?)

	(Prio in T?) P_m\T₁ (Prio in P?)	(Prio in T?) P_m\T₂ (Prio in P?)	(Prio in T?) P₁\M₃ (Prio in P?)

Detaillierte Ausführung Ebene 1

Inhalte	Argumentationen, Darstellungen u.dgl.
Zu T ₁ \P ₁ :	(...)
Zu T ₁ \P ₂ :	(...)
...	(...)
Zu T _k \P _m :	(...)

Tabellarische Übersicht Ebene 2

Stichwörter	Wesentliche Maßnahmen (M: M ₁ , M ₂ , ..., M _n)			
Große Probleme (P: P₁, P₂, ..., P_m)	(Prio in P?) P₁\M₁	(Prio in P?) P₁\M₂	(Prio in P?) P₁\M_n
	(ab ? – bis ?)	(ab ? – bis ?)	...	(ab ? – bis ?)

	<i>(Prio in P?)</i> P₂\M₁ <i>(ab ? – bis ?)</i>	<i>(Prio in P?)</i> P₂\M₂ <i>(ab ? – bis ?)</i>	...	<i>(Prio in P?)</i> P₂\M_n <i>(ab ? – bis ?)</i>

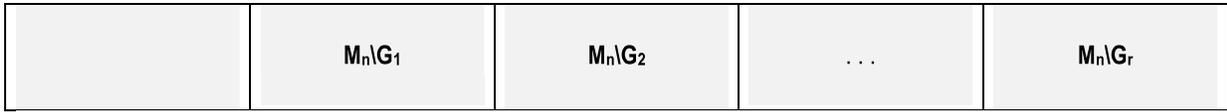
	<i>(Prio in P?)</i> P_m\M₁ <i>(ab ? – bis ?)</i>	<i>(Prio in P?)</i> P_m\M₂ <i>(ab ? – bis ?)</i>	...	<i>(Prio in P?)</i> P_m\M_n <i>(ab ? – bis ?)</i>

Detaillierte Ausführung Ebene 2

Inhalte	Argumentationen, Darstellungen u.dgl.
Zu P ₁ \M ₁ :	(...)
Zu P ₁ \M ₂ :	(...)
...	(...)
Zu P _m \M _n :	(...)

Tabellarische Übersicht Ebene 3

Beträge	Grenzkosten (G: G ₁ , G ₂ , ..., G _r) (= Zusatzkosten für mehr, zusätzliche oder bessere öffentliche Leistungen)			
Wesentliche Maßnahmen (M: M ₁ , M ₂ , ..., M _n)	M ₁ \G ₁	M ₁ \G ₂	...	M ₁ \G _r
	M ₂ \G ₁	M ₂ \G ₂	...	M ₂ \G _r



Detaillierte Ausführung Ebene 3

Inhalte	Argumentationen, Darstellungen u.dgl.
Zu $M_1 \setminus G_1$:	(...)
Zu $M_1 \setminus G_2$:	(...)
...	(...)
Zu $M_n \setminus G_r$:	(...)

Tabellarische Übersicht Ebene 4

Stichwörter, Beträge	(Haupt-)Finanzierungen der Grenzkosten (F: F_1, F_2, \dots, F_p)			
Wesentliche Maßnahmen (M: M_1, M_2, \dots, M_n)	$M_1 \setminus F_1$	$M_1 \setminus F_2$...	$M_1 \setminus F_p$
	$M_2 \setminus F_1$	$M_2 \setminus F_2$...	$M_2 \setminus F_p$

	$M_n \setminus F_1$	$M_n \setminus F_2$...	$M_n \setminus F_p$

Detaillierte Ausführung Ebene 4

Inhalte, Beträge	Argumentationen, Darstellungen u.dgl.
Zu $M_1 \setminus F_1$:	(...)
Zu $M_1 \setminus F_2$:	(...)
...	(...)
Zu $M_n \setminus F_p$:	(...)

--	--

Freilich müssen die einzelnen Felder unter den Antworten der wahlwerbenden Parteien technisch einfach verglichen werden können. Für die Normalnutzer_innen ist die Gesamtsystematik eine Übersicht, aus der sie die Kategorien, die sie interessieren, auswählen und zwischen den Wahlwerbenden bequem vergleichen können. Und freilich kann dieser Matrizenansatz nicht die Probleme des Misstrauens über die Qualität der Politik, die Politikverdrossenheit und die hohen Abstinenzquoten bei den Wahlen nicht allein und insgesamt lösen. Aber es ist ein Ansatz zur Senkung der Transaktionskosten für die Wählenden, die bei kritisch hohen Informationskosten (i.w.S.) rationaler Weise – allerdings nur aus der Sicht des *homo oeconomicus* – nicht wählen geht (Downs 1957; 260 ff.). Immerhin wird dadurch auch der Anreiz größer und die Transaktionskosten rentieren sich eher, indem die Wahrscheinlichkeit zunimmt, dass der demokratische Wille effektiver umgesetzt wird, zumal die Parteien im Nachhinein (nach der geschlagenen Wahl und spätestens kurz zur nächsten Wahl) auf konkrete Inhalte festgenagelt und politisch verantwortlich gehalten, demokratisch „belohnt“ oder „bestraft“ werden können, wie in einem wiederholten strategischen Spiel (Bofinger 2011: 141 ff.). Demokratie würde mehr wirken, wenn sie bequemer gemacht würde – und das gemäß dem Wettbewerbs- und Effizienzdenken der Neoklassik. Letztlich wird dadurch freilich das Downs'sche Grundproblem nicht gelöst, dass meine politischen Präferenzen denen des Medianwählers oder der Medianwählerin nicht entsprechen mögen (der oder die Medianwähler_in ist jene_r im politischen Spektrum, der zur erforderlichen Mehrheitsentscheidung gerade beiträgt; vgl. Mueller 1989).

b) Politik und (Wirtschafts-)Wissenschaft: effiziente Beratung

Für Beratungsleistungen der Wissenschaft für die Politik gibt es natürlich auch einen Markt. Dieser kann unter zwei Sichtweisen beleuchtet werden, die wiederum auf die normative Perspektive der *Social Choice Theory* bzw. auf den positiven (reinen) Blickwinkel der *Public/Collective Choice Theory* zurückgeführt werden können.

- Ich verkaufe euch Expertise – ihr kauft von mir potenziell anwendbares Wissen für eine möglichst gute Politik. (Hier schätzen die mit-/entscheidenden Individuen beider Seiten persönlich den Wert der Anwendung unabhängiger wissenschaftlicher Arbeit für die Verbesserung von Politik und Weltzustand dominant hoch ein.)
- Ich verkaufe mich an euch (für die populären 3 P von William Niskanen: *pay, power, prestige*) – ihr kauft mich für eure parteipolitisch-opportunistische Intention. (Hier präferieren die mit-/entscheidenden Individuen auf beiden Seiten die egoistischen Vorzüge aus einer rein kommerziellen bzw. parteipolitisch-strategischen und daher sicherlich opportunistischen Markttransaktion.)

Die normative Konsequenz aus den positiven (reinen) *Public Choice*-Überlegungen (*Normative Public Choice*) ist ganz im Sinn des Ordoliberalismus eine (sogar staatlich gesetzte) Ordnung in Gestalt einer Wirtschaftsordnung (Vanberg 1998: 172 ff.): eine rudimentäre, aber breit angelegte Produktions-“Verfassung“, nur eben angewandt auf den Markt für wirtschaftspolitische Beratungsleistungen. Allgemeine Standards, wie etwa die folgenden, sind zu setzen und verbindlich zu machen.

- Die Studien sind – aus öffentlichem Interesse: politischem wie wirtschaftlichem – einem einfach verdeckten *Peer Review*-Verfahren zu unterziehen und
- gemeinsam mit ihrem oder ihren Schiedsrichter_innen_gutachten zu publizieren.

- In der Studie ist das theoretische Modell nachvollziehbar und logisch konsistent zu kommunizieren, das empirische Modell vollständig spezifiziert darzustellen und der verwendete Datensatz (urheberrechtsgeschützt) zur Verfügung zu stellen.
- Die Studienauftragsgeber_innen machen ihre Auftragsvergabe öffentlich,
- begründen die Auswahl der Studienautor_innen und
- belegen die Finanzierungsstruktur des Projekts nach öffentlichen und privaten Mitteln und individuellen Zahler_innen.

Dabei würde die Neuere Institutionenökonomik allerdings darauf hinweisen, dass der Wettbewerb um Reputation keinen staatlichen Zwang zur Normeinhaltung erfordere (Bofinger 2011: 55), weil man als Wissenschaftler_in nicht als korrupte_r Gefälligkeitsgutachter_in gesehen bzw. nicht durch opportunistisch-selektive Auftragsvergabe und Über- oder Falschinterpretation als politische_r Schindludertreiber_in verrufen werden will. Doch neben politischer und administrativer Korruption kennen wir auch die wissenschaftliche (Bartel 2008: 114 ff.). So ist zumindest kurz- bis mittelfristig (d.h. bis zur Internalisierung geeigneter Standardnormen und Normstandards) auf Effektivität bei der Befolgung zu achten, und das setzt Sanktionierungen voraus. Menschen lernen aus Gesetzen und ihren Anwendungen. „Der Geist der Gesetze transportiert eben Inhalte, fundiert gesellschaftliche Diskurse, fördert Dozilität und gestaltet so Überzeugungen“ (Bartel 2012: 40 ff.). Ein weiterer Mosaikstein der Matrix wäre damit gelegt.

c) Politik und Zivilgesellschaft vertragen sich: effiziente Verhandlungen

Wirtschaft, Politik und Zivilgesellschaft befinden sich spätestens seit Beginn nennens- und bemerkenswerter Bürgerrechts- und Umweltbewegungen in einem an Intensität zunehmenden Spannungsfeld. Der klassisch-ökonomische Ansatz ist es auch in dieser Hinsicht, durch treuliche Kooperation mit den Marktpartner_innen auch den Gesamtzustand von Wirtschaft und Gesellschaft zu verbessern. Wettbewerb auf den Märkten schließt doch Kooperation mit den Verhandlungs- und Transaktionspartner_innen nicht aus, sondern motiviert zur Effizienzgestaltung und dementsprechenden belastbaren Verträgen. Der Ordoliberalismus der Nachkriegszeit verweist auf die beeinträchtigenden Effekte von Macht in Form von Ungleichheit der Möglichkeiten und daher ineffizient verzerrter Allokation auf die soziale Wohlfahrt und begründet damit die Forderung nach einer Wirtschaftsordnung, hier: Markt-„Verfassung“ (Eucken 1950/2001: 9 ff.), grundsätzlich im Sinn des Querdenkers John Kenneth Galbraith (1952) mit seinem Konzept der Gegenmacht, welche allein die originäre Macht in den Verhandlungsrelationen neutralisieren könne. Auch hier ist ein politischer Markt gegeben, der unreguliert nicht (bestmöglich) funktioniert.

Allein der Neoliberalismus vertraut in eine Selbstvernichtung von Macht auf den Märkten bloß durch möglichst ungehemmten Wettbewerb (Bartel 2007: 46ff.). Doch der Druck der Straße steigt merklich, schon seit ATTAC und Anti-WTO-Protesten, spätestens seit Ausbruch der Weltfinanzmarkt- und Weltwirtschaftskrise, und treibt die Ansprüche in Richtung höherer demokratischer und politischer Qualität in die Höhe. Wir können das Potenzial dieser Gegenmacht, wenn sie eher noch latent ist, auch durch Verteilungsstatistiken, durch Fremd- und Selbsteinschätzungen der sozialen Lage in den gar nicht so eng begrenzten Problembereichen, wie in reicheren Ländern geglaubt, und durch das Ausmaß der Wahlabstinz einschätzen. Eine Verbesserungsbedürftigkeit des demokratischen Systems wird immer breiter augenfällig, zumal oft die direkt-demokratischen Instrumente schließlich

unwirksam ins Leere gehen und die kleinen Reformschritte an deren Unwirksamkeit kaum etwas ändern.

Eine *Win-win solution* zeichnet sich als eindeutiger Fortschritt ab, wenn nur die innere Einstellung zur Demokratie als Voraussetzung für die äußere Gestaltung der Politik in der Tat offen und lernwillig ist. Reine Abstimmungsdemokratie sei reine Mehrheitsdiktatur und entspreche nicht dem Willen der Bevölkerung; die Politik brauche die Bevölkerung dazu, gute Demokratie zu betreiben und daher die Befindlichkeiten der Menschen einzubeziehen und einen Interessenausgleich anzustreben; eine geordnete Auseinandersetzung sei das Privileg der Demokratie, zumal geregelte Konfliktaustragung die Chance auf gute Kompromisse maximiere und Fairness im Ergebnis begünstige (vgl. Prammer 2013). Ganz in ordoliberalen Manier ist der Prozess möglichst einvernehmlich unter den Beteiligten zu regulieren, so dass mit größerer Wahrscheinlichkeit bessere Ergebnisse zu erzielen sein dürften (vgl. Vanberg 2011: 1ff.). Dazu gehörten auch Transparenz und Nachvollziehbarkeit der Politik auf der einen und (unverzerrte) politische Bildung auf der anderen Seite, letzteres auch und nicht zuletzt, um die Harmoniesucht und damit die z.T. auf ihr beruhende Politikverdrossenheit zu mildern (vgl. Prammer 2013). In Anbetracht dessen haben sich die öffentliche formal-politische und die private informell-engagierte Sphäre der Gesellschaft zu vertragen (im doppelten Sinn des Worts).

Konkreter führt Barbara Prammer (2013) aus:

- Anliegen der zivilgesellschaftlich organisierten Bevölkerung bleiben im Debattenverlauf bis hin zum Text eines Volksbegehrens oft zu wenig ausdiskutiert, zu vage und damit zu weit auslegbar. Daher solle der gemeinsame Prozess zwischen Politik und Zivilgesellschaft institutionalisiert und schon in einem früheren Stadium begonnen werden, um, durchaus aus Effizienzgründen, Missverständnisse und „leere Kilometer“ hintanzuhalten.
- Andererseits soll die den Möglichkeitsraum einschränkende Bestimmung, nur über Gesetzestextvorschläge Volksabstimmungen abhalten zu können, abgeschafft werden.
- Über obigen Punkt hinausgehend, bietet das deutsche Beispiel der „dreistufigen Volksgesetzgebung“ in den Ländern eine Vision für eine Fort(schritts)entwicklung.
 - Erstens führen Parlaments- und Zivilgesellschaftsvertreter_innen eben schon frühzeitig Verhandlungen, um gemeinsam größeren sachlichen Fortschritt zu erzielen und auch im Einvernehmen Alternativen entwickeln zu können.

Hier soll auch schon der wechselseitige Austausch zwischen Wissenschaft und Politik (siehe oben) und Zivilgesellschaft einsetzen und, wie oben ausgeführt, optimiert werden.

Wie es die Diskussion in den USA längst zeigt, ist seitens der Institution darauf Rücksicht zu nehmen, dass es bei den ressourcenträchtigen Verhandlungen auf Seiten der vielfach ehrenamtlichen Zivilgesellschaft zu keiner verzerrten Selektion kommt, wo nur die sich unmittelbar und sohin mit relativ großem Aufwand einbringen können, die sich das Einkommens-, vermögens- und auch bildungsmäßig leisten können. Immerhin setzt auch das neoklassische Modell des Konkurrenzmarktes gleiche Startbedingungen für den Wettbewerb voraus.

- Zweitens wird ein konkretes, hinreichend spezifiziertes, aber nicht (unbedingt) in die Model eines Gesetzestextvorschlags gepresstes Volksbegehren zu Wege gebracht, das mit einer entsprechend breiteren öffentlichen Debatte verbunden ist.

Dafür müssen die vorangegangenen Verhandlungen die Informationsproblematik insofern gelöst haben, als die Informationsflut ausgewogen und zweckmäßig selektiert, strukturiert, konsumfreundlich aufbereitet und kostenminimal zur Verfügung gestellt worden sind (siehe oben).

Die Informationsfunktion werden die beteiligten Parteien (Politik, Interessengruppen, Medien) gemeinsam, d.h. koordiniert und kontrolliert, jeweils in ihrem (Haupt-)Wirkungsbereich, möglichst ausgewogen wahrnehmen.

Hier haben übrigens spätestens auch die aktiven Bemühungen ein- und anzusetzen, um in breiter Debatte speziell und gezielt den populistischen, i.S.v. weitgehend irrational-manipulativem Missbrauch (z.B. „Ausländer raus!“) dieser prozeduralen Institution sachgerecht den Halt zu entziehen.

- Drittens und letztens folgt ggf. die Volksabstimmung als Konsequenz aus diesem Prozess.

In diesem Sinn ist *Liquid Democracy* ein Mittel zum Zweck der Verbesserung von Dialog und Auseinandersetzungsergebnissen, Willensbildung und Interessenausgleich (vgl. Prammer 2013) – nicht nur unmittelbar auf struktureller Ebene (Prozessgestaltung), sondern auch auf inhaltlichem Niveau (Information und Offenheit in einer „geschützten Umgebung“, quasi: ich muss nicht immer Recht behalten und mich durchsetzen müssen, um das Gesicht zu wahren, vielmehr können wir hier experimentell und ergebnisoffen arbeiten).

Funktionsvoraussetzungen sind der gegenseitige Respekt und die Ausklammerung von Hierarchie, also das Verhandeln auf Augenhöhe. Das gilt für lokale Bürger_innen_initiativen, nationale Volksbewegungen und selbst für Verhandlungen auf internationaler Ebene unter den Vertreter_inne_n souveräner Staaten, die theoretisch autonom und gleichberechtigt, faktisch aber interdependent und machtungleich sind (*“all animals are equal but some animals are more equal than others“*). Inhaltlich trägt dieser Ansatz schließlich dazu bei, dass der Runde Tisch wirklich rund wird; der ideale Markt bestehe doch in freiwilligen Beziehungen zwischen gleich Berechtigten und gleich Mächtigen.

Aus dem „Drehtürmarkt“ (Ablehnung, Vereitelung) soll ein „Börsemarkt“ werden (d.h. zu koordinieren, bis die Interessen ausgeglichen sind und sie soziale Wohlfahrt größtmöglich ist – ein klassisch bis neoklassisch ökonomisches Anliegen, ganz im Sinn von Fortschritt i.w.S.

d) Die Rückkehr zur Börse als Nachahmung von Adam Smith, Jeremy Bentham und John Stuart Mill: effiziente Intimbeziehungen

Ökonomik (Wissenschaft) und Ökonomie (Praxis) haben schließlich den Zweck, die Menschen bestmöglich mit dem zu versorgen, was sie sich wünschen, Materielles und Immaterielles, das andere nicht unmittelbar beeinträchtigt; d.h., keine externen Kosten zu verursachen. Genau das rechtfertigt letzten Ende den Markt grundlegend und existenziell (vgl. Smith 1776/1904).

“Nature has placed mankind under the governance of two sovereign masters, pain and pleasure. It is for them alone to point out what we ought to do, as well as to determine what we shall do” (Bentham 1780/1823: 1).

Warum soll in bestimmter, nämlich höchst privater, schutzwürdiger, weil intimer Hinsicht nicht das Streben nach Selbsterfüllung und somit – ohne Beeinträchtigungen durch externe Kosten – Jeremy Bentham's „größtes Glück der größten Zahl“ verwirklicht werden (Bartel 2009: 4 ff.)?

“The community is a fictitious body, composed of the individual persons who are considered as constituting as it were its members. The interest of the community then is, what? – the sum of the interests of the several members who compose it. (...) a principle which lays down, as the only right and justifiable end of Government, the greatest happiness of the greatest number – how can it be denied to be a dangerous one? dangerous it unquestionably is, to every government which has for its actual end or object, the greatest happiness of a certain one (...)” (Bentham 1780/1823: 3, 5).

Und warum soll John Stuart Mill's aufgeklärtere Sicht und Solidarität, die den Menschen größere faktische Freiräume und Absicherung i.w.S. durch das sozial orientierte Kollektiv bieten soll (Rothschild 2004: 51 ff.), nicht auch auf das Einräumen von Privatheit und das Ausräumen moralischer Zwänge durch die Gesellschaft angewandt werden? Ist es aus diesem Blickwinkel folgender Diskurs zu rechtfertigen? Sexualität, Liebe und Partner_innen_schaft sind doch keine Ware, die auf dem Markt feilgeboten und erkaufte werden soll!

Der neoklassische Ökonom Gary S. Becker erregte schon 1960 Aufmerksamkeit mit seiner marktanalogen Theorie der Kinderzeugung, später auch der Familienorganisation und Scheidung (vgl. z.B. Becker 1960, 1974), stülpt doch die neoklassische Ökonomik ihre individuelle Nutzenmaximierungsmodelle nahezu allem und jedem über (sogar bis hin zur Optimierung von Folter und Gefangenenerschießung; doch das ist schon substanziell und ethisch etwas anderes). Damals gab es die virtuelle Realität des Internet 2.0 und den solcherart globalisierten Marktplatz noch nicht. Heute können wir, gleich dem Vermögenshandel auf den globalen Finanzmärkten, den Markt für intime Kontakte jeglicher Ausgestaltung einfacher und bequemer, diskreter und effizienter und vom Wohn- oder Arbeitszimmer aus handhaben und nützen. Technischer Fortschritt macht hier sozialen Fortschritt insofern möglich, als Transaktionskosten radikal reduziert und die Wahrscheinlichkeiten von (potenziellen) Vertragsabschlüssen jeglicher Art wesentlich gesteigert werden.

Die Fläche des Erdballs mit den ebenso weit gestreuten Standorten der Marktteilnehmer_innen wird zu einem unendlich kleinen (virtuellen) Raum geschrumpft und so zur globalen, regionalen oder auch nur lokalen Börse gemacht – mit wesentlich verringerten „Schuhlederkosten“ (Transaktionskosten i.F.v. Wegekosten). Die heutige Freiheit ist die virtuelle Mobilität, die Fortschritt bringen kann. Überdies fallen dabei jene Beschränkungen weg oder geringer aus, die in der Gesellschaft als Normen enkulturiert sind, aber Grundrechte persönliche Grund- und Freiheitsrechte verletzen, wie eben auch jene auf Ehe und Sexualität – unbeschadet geschlechtlicher Identität, Orientierung u.dgl. Das doppelköpfige gesellschaftlich internalisierte Herrschaftsinstrument, genannt „Scham für und Schande der Normabweichung“, ist entweder in der Privatheit (? PRISM!) oder in der Mittelbarkeit persönlicher Interaktionen im Internet weniger virulent als im unmittelbaren persönlichen Kontakt, noch dazu v.a. in einer beobachtenden und normierenden Umwelt (Bartel 2012: 42 ff.).

Die Effizienz dieser Marktorganisation erinnert an die Cluster-Theorie von Michael Porter mit ihren Netzwerkeffekten (Porter 1998: 77 ff.), und von der sind viele begeistert. Bleibt noch abzuwarten, wann sich Globalisierung endlich auch im Bereich natürlicher Personen und ihrer Präferenzen die Bahn bricht und die soziale Wohlfahrt dadurch verbessert (Bartel 2013a). *Ceterum censeo*: Paare sollten nicht auseinandergerissen werden dürfen. Das widerspräche dem Prinzip *maximising pleasure in the name of Jeremy Bentham* (bei Zielen liegen die Auffassungen am wenigsten auseinander).

Die Marktorganisation im Internet begünstigt auch jene Kräfte (und sie dürften Aufholbedarf haben), die kulturelle Differenzen überwunden haben und eine Gegenmacht zu Rassismus und Chauvinismus in der öffentlichen Meinung bilden können. Eine Analogie dazu ist das Phänomen, dass sich schwule Immigranten aus anderen Kulturen etwa in Deutschland zu einer neuen, Identität stiftenden Kultur der Gemeinschaftlichkeit wiederfinden, wo die Unterschiedlichkeit der angestammten Kulturen nicht *per se*, nicht absolut, sondern im jeweiligen Gemeinschaftszusammenhang an Bedeutung verloren haben (vgl. Bilger 2012).

„Ethnizität wird (...) eher zur Abgrenzung genutzt, indem der Andere als ethnischer (*türkischer*) (...) konstruiert wird, und findet in der Beschreibung des Selbst als Teil des (...) Feldes der Mehrheitsgesellschaft keinen Platz. Im Gegensatz dazu spielt die sexuelle Orientierung (...) eine grundlegend andere Rolle. Sie hat in den angeführten sozialen Welten Raum und lässt sich dadurch zur Verbindung der personalen Identität mit einem Kollektiv einsetzen. Die sexuelle Orientierung bietet also die Möglichkeit der Konstruktion von Zugehörigkeit oder Integration (...). Ethnizität dagegen wird im Prozess eben dieser Integration (...) ausgeklammert oder gar abgelegt, indem sie in einem konstitutiven Außen verortet wird“ (Bilger 2012: 151 f.). „Der schwule Türke müsse (...) vor seiner eigenen Art [den Türken] geschützt werden, sagt die Perspektive der Mehrheitsgesellschaft. (...) Die Alternative zu dieser Perspektive [„Homonationalismus“] ist die Dekonstruktion des in diesem Bild kondensierten Machtverhältnisses. Dies geschieht (...) durch eine Haltung, die den schwierigen Versuch wagt, Identitätssetzungen immer zu hinterfragen, da sie der Disziplinierung verdächtig sind“ (Bilger 2012: 250).

„Freilich kämen schwule Deutschtürken nicht ganz um ihre teilweise, aber beidseitige Unterdrücktheit herum: sowohl die Diskriminierung durch ihre angestammte Kultur als auch die deutsche Leitkultur. Sie „haben ein äußerst ambivalentes Verhältnis zur Ethnizität; ihr Umgang mit dieser ist in hohem Maße abhängig von der jeweiligen sozialen Situation, in der Identitätsarbeit stattfindet“ (Bilger 2012: 253).

e) Hinter den Röntgenschirm: ein effizienter *screening device*

Arbeitsstrich ist so verbreitet wie andererseits verpönt. Einerseits bietet er eine Gelegenheit zur ökonomischen Verbesserung beider Marktseiten: Der Reservationslohn wird meist nicht unterschritten, wenn auch oft das kulturelle oder zuweilen gar das physische (i.S.v. armuts- oder hungerfreie) Existenzminimum sehr wohl. Andererseits widerspricht der Arbeitsstrich der sozialen Norm einer einträglichen, ethisch vertretbaren und erwartungszuversichtlichen Beschäftigung. Der Ausweg aus diesem Zielkonflikt wäre eine Kombination aus ökonomischer Effizienz (Produktivitätsmaximierung bzw. Kostenminimierung) und sozialer Effizienz (mit eingesetzten politischen Mitteln höchste erreichbare soziale Wohlfahrt). Hierbei würden die orthodoxen Auffassungen von Neoklassik (Grenznutzenschule) und Klassischem ökonomischem Liberalismus (Utilitarismus: größtes Glück der größten Zahl) vereint und der Kritik der heterodoxen Schulen entzogen. Freilich lässt sich das nicht generell verwirklichen, aber vielleicht partiell.

Eine grundlegende Problematik für die orthodoxe Ökonomik stellen Informationsmängel im Allgemeinen und Probleme bei der Beobachtung von Eigenschaften anderer Menschen – hier: von potenziellen Mitarbeiter_innen – dar. Das diesbezügliche Informationsgefälle zwischen *principal* und *agents* begründet die bekannte Agency-Problematik (Organschaftsproblematik) sowohl auf dem Arbeitsmarkt als auch v.a. in der hierarchisch strukturierten Organisation der Unternehmenspraxis (Bofinger 2011: 50 ff.).

Ein weiteres Problem stellt die Beeinträchtigung der ökonomischen Effizienz durch ökonomisch irrationales Verhalten dar, das in unsachlichen Präferenzen der Entscheidenden zum Ausdruck kommt und das sachliche Ergebnis freilich verzerrt (das wird auch oft als eine Form von Marktversagen qualifiziert). Vorurteilsverzerrte Allokation und die sich daraus ergebende Ineffizienz beziehen sich v.a. auf Geschlecht, Alter, Ethnizität und Sexualität. Es sind Präferenzen für ökonomische Irrationalität. Sie sind umso eher möglich,

- je geringer der Wettbewerbsdruck und der Produktivitätssteigerungs- bzw. Kostenminimierungszwang sind, weil schließlich die Marktmacht aufgrund von Produktdifferenzierung nicht hinreicht, um einen entsprechend hohen Preis durchsetzen zu können (Weichselbaumer/Winter-Ebmer 2007: 239 ff., 253 ff., 271 ff.), oder
- je schwächer die Antidiskriminierungsnormen nach den üblichen Grundrechtskategorien, wie Alter, Geschlecht, Ethnizität, Sexualität oder Weltanschauung sind (Zweimüller et al. 2008: 627 ff.).

Im Interesse der Herstellung der Funktionsbedingungen eines effizienten Marktes, also sowohl im Sinn der ökonomischen Effizienz im Detail als auch der sozialen Wohlfahrt insgesamt (Bartel 1999: 10 ff., 40 ff.) müssen ökonomische Irrationalismen ausgeschaltet werden. Wir wollen einen effizienten Arbeitsmarkt institutionalisieren. Wieder rekurren wir auf die geregelte Börse als organisatorische Matrix auf Basis der der ideellen Matrix. Wieder sind es Informationsmatrizen, die zentral erstellt und zusätzlich so weit anonymisiert werden, dass den Nutzer_inne_n der Börse die Entscheidung nach den von ihnen präferierten, diskriminierenden und mithin ineffizienten Kategorien verunmöglicht wird – eine paternalistische Anwendung des neoklassischen Effizienzpostulats. Dabei können, wie etwa bei Wertpapieren, Kaufaufträge (frage Mitarbeiter_innen nach) und Verkaufsaufträge (frage Anstellung nach) bei den Makler_innen platziert werden (Bofinger 2011: 15 ff.):

- entweder nach dem Prinzip „bestens“ (ich will jetzt die gegenwärtig besten verfügbare Beschäftigung bzw. die aktuell qualifizierteste Person) nach den diskriminierungsfreien, sachbezogenen Angaben zum Marktpreis
- oder nach der Methodik „bedingter Auftrag“ (*limited order*), wo individuell Limits definiert werden, welche Qualifikationen angeboten und nachgefragt werden sowie ab welchem Lohnsatz ich zu leisten bereit bin bzw. bis zu welchem Lohnsatz ich anzustellen bereit bin.

Es müssen offensichtlich *sealed-bid offers* sein, also Angebote, die verschlossen an der Börse deponiert werden und für einen bestimmten Auktionstermin, etwa an einem bestimmten Tag, unwiderruflich Geltung haben. Obendrein ist fürs Funktionieren charakteristisch, dass sich ein Unternehmen sicherer sein kann, dass es bei höherem gebotenen Lohnsatz mit höherer Wahrscheinlichkeit eine entsprechend qualifizierte Person findet (*matching* ist eben nicht gratis). Das erinnert an die Versteigerung von Liquidität (Zentralbankgeldmenge) für die „monetären Finanzinstitute“ durch die Europäische Zentralbank.

Wie bringt man aber die Unternehmen und die Arbeitslosen an die Beschäftigungsbörse? Bei den Arbeitslosen kann freilich unmittelbarer wirtschaftlicher Druck (Lebenshaltungskosten) und/oder mittelbarer Druck seitens des Arbeitsmarktservice ausgeübt werden; allerdings ist das System potenziell offen für Berufsschutz, Entgeltsschutz und Regionsschutz. Unternehmen, die sich in einem

Reputationswettbewerb sehen (Bofinger 2011: 55), können es sich kaum leisten, nicht daran teilzunehmen – noch dazu im Fall, dass die an der Börse präsenten Unternehmen publiziert werden.

Freilich gibt es solche Institutionen im Grunde und in Teilen bereits, doch geht von der institutionellen Gesamtheit und Faktizität eines zentralen „Marktplatzes“ hoffentlich eine merkliche normative Kraft aus – noch dazu, wenn zum einen die Objektivierung bestmöglich gewährleistet und zum anderen die Verbindlichkeit einigermaßen gegeben ist (so in Form leicht durchsetzbarer Vertragserfüllung und etwa einer Mindestdauer des durch die „unsichtbare Hand“ zustande gebrachten Beschäftigungsverhältnisses). Die Durchsetzung ist in beiden Fällen standardisiert, routinemäßig kontrolliert und zentral überwacht; letzteres kann einen Größenvorteil bringen, wenn die nämlichen Kontrollen und Sanktionen intelligent organisiert sind (und Börsen stehen untereinander jetzt schon in gewissem Wettbewerb). Will sich eine entwickelte Wirtschaft nicht auf Niedrigproduktiv- und Niedriglohnkonkurrenz einlassen, kann sich diese angedachte Institution rechnen (eine Frage der Intelligenz der Lösungen). So wie die Politik die Finanzmärkte nahezu unverändert belässt, so könnte es auch die Politik sein, die den Proponent_innen des konventionellen Arbeitsstrichs (Bofinger 2011: 165 ff.) nicht den entsprechenden Gestaltungswillen entgegensetzt. Aber wo politisch ein Wille ist, ist auch ein Weg (der vielleicht früher oder später eingeschlagen wird).

f) Inflationshandel: effiziente Preisrelationen und -niveaus

Kurz vor seinem Tod hatte William Vickrey (1996) die Idee, Preissteigerungen weder generell mit demselben Mittel noch im Besonderen mit der Geldpolitik von Zentralbanken zu bekämpfen. Fragt man Ökonom_inn_en, wie etwas verteilt werden soll, dürften die meisten in Fällen außerhalb ökonomischer Methodik zum Losentscheid neigen, in typisch ökonomischen Fragen hingegen der Versteigerung zuneigen. Dieses ist damit zu begründen, dass in Versteigerungen die Entscheidungen am ehesten nach der notwendigerweise geoffenbarten, wahren Zahlungsbereitschaft erfolgen, also nicht dadurch, dass der Marktpreis für so manche Marktteilnehmer_innen unter der persönlichen Zahlungsbereitschaft liegt. Somit wird zwar die Produzentenrente maximiert, aber die Käufer_innen kriegen das, was sie wollen, zu einem Preis, der ihnen das Gut wert ist (Bofinger 2011: 74 f., 127 f.).

Im Hinblick auf die Erhöhung von Preisen, die sich insgesamt inflatorisch auswirken können (Deflation, also negative Inflation, wäre freilich auch möglich), liegt der Fall umgekehrt. Es werden Preiserhöhungszertifikate versteigert. Zuerst werden auf dem Primärmarkt, d.h. bei der Emission durch den Staat, die Zertifikate nach einem festgelegten Schlüssel zugeteilt. Anschließend werden die Preissteigerungszertifikate auf dem als Börse organisierten Sekundärmarkt zwischen den die Zertifikate besitzenden und den sie begehrenden Unternehmen in Auktionen gehandelt. Das einzelne Unternehmen bezahlt also für seine Nachfrage nach solchen Zertifikaten in Höhe seiner ökonomischen Daten und daher seiner Zahlungsbereitschaft (Bartel 2008a). Auch hierbei müssen wir uns organisatorische Matrizen zugrunde legen. Um nämlich die Gesamtrate der Preissteigerungen steuern zu können, muss der Staat als wirtschaftspolitisch kompetente Instanz, ausgehend von der Höhe der einzelnen inländischen Produktionswerte im jüngsten erfassbaren Basisjahr, eine Struktur der Produktionswerte (samt Importen, ohne Exporte) aufspannen. Die geplante Inflation muss sich aus der Summe der Inflationszertifikate ergeben, die jeweils auf 1 Werteeinheit (z.B. 1€ Produktionswert) bezogen sind. Für die jeweils beabsichtigte Produktionsmenge kann das einzelne Unternehmen, wenn es will, zum Marktpreis Preiserhöhungszertifikate erwerben. So werden nur

jene Preissteigerungen vorgenommen, die sich für die Unternehmen gerade noch rechnen. Die Unternehmen müssen freilich, wenn sie sich Preiserhöhungen erkaufen wollen, ihre Zahlungsbereitschaft eruieren und bekunden. Dadurch wird – eben nun umgekehrt – ihre „Konsumentenrente“ minimiert und auf der anderen Seite die „Produzentenrente“ für alle, die am Markt als Nachfrager für (Output-)Güter auftreten, maximiert. Diese Optimierung wird zum einen durch die staatliche Inflationssteuerung bewirkt und zum anderen durch den Wettbewerb auf dem Zertifikatsmarkt.

“Because of its nature, economic theory cannot ever be taken as complete or ‘true’. The only meaningful evaluation of it turns on its being ‘not false’ and on its being useful in supporting and directing research and policy endeavors” (Chase 1979: 71).

4. Schlussbemerkung

Zugegebenermaßen ist der Marktbegriff hier mitunter sehr weit gefasst worden. Doch einerseits entspricht dies einem Trend in neoliberaler Zeit.

Andererseits kann dieser Umstand, selbst wenn die Begriffsanwendung Markt weniger zutreffend, dazu semantisch genutzt werden, um institutionelle Veränderungen oder Neuerungen besser durchsetzen zu können (etwa: Hauptsache, es ist eine Marktlösung).

Dazu rekurren wir auf das viel beschimpfte „Andreaskreuz“, die Kreuzung von Angebots- und Nachfragekurve („Matrix Fiktion“), nehmen aber die Anwendung nur auf jene Teilbereiche vor, die sich, vielleicht mit viel Anfangsbauchweh, als Börse organisieren lassen („Matrix Organisation“).

Alte Ansätze sind eben nicht an und für sich schon schlecht. Es kommt immer darauf an, welche Bedeutung wir welcher Methodik und ihrer Erklärungsstärke in welcher Hinsicht und unter welchen historischen Rahmenbedingungen zumessen (Crespo 2013: 770 f.). Schöpfen wir also aus dem Vollen des Theorienschatzes – auch und nicht zuletzt von dem eines Adam Smith oder Alfred Marshall u.a.

Literatur

Albert, H. (1963): Modell-Platonismus. Der neoklassische Stil des ökonomischen Denkens in kritischer Beleuchtung. In Karrenberg, F.; Albert H. (Hg.): *Sozialwissenschaft und Gesellschaftsgestaltung – Festschrift für Gerhard Weisser*. Berlin: Duncker und Humblot, 45-76. Online (in englischer Übersetzung): <http://www.coll.mpg.de/sites/www.coll.mpg.de/files/biblio/Albert%201963.pdf> [4.7.2013]

Bartel, R. (1999): Social-economic issues in sexual orientation – where do we stand? In: Arbeitspapiere des Instituts für Volkswirtschaftslehre, Johannes Kepler Universität. Linz: Eigenverlag. Online: <http://www.econ.jku.at/members/bartel/files/9914.pdf> [22.7.2013]

Bartel, R. (2007): Liberalisierung als Machttransfer. Politische Instrumentalisierung der Märkte und das Wohl oder Weh der KonsumentInnen. In: Kollmann, K.; Schmutzer E.A. (Hg.): *Mächte des Marktes*. Wien: Verlag Österreich, 43-63.

Bartel, R. (2008): Wissenschaftliche Korruption. In: Fellmann, I.; Klug, F. (Hg.): *Vademecum der Korruptionsbekämpfung*. In: *Kommunale Forschung in Österreich*, 116. Linz: Eigenverlag der IKW-Schriftenreihe, 214-217.

Bartel, R. (2008a): Wirtschaftlich und sozial verträgliche Inflationsbekämpfung. *Papier zum Kongress momentum 08 – Gerechtigkeit*. Hallstatt, 25.-28.9.

Bartel, R. (2009): *Sexuelle Orientierung und Freiheit in Zeiten von Konservatismus und Neoliberalismus. Gedanken über Probleme und Strategien*. Arbeitspapier, JKU Linz.

Bartel, R. (2012): Die Freiheit, die sie meinen, die anderen. In: *Die Zukunft*, (6), 40-45.

Bartel, R. (2013): *Wie politisch ist die Ökonomie? Wie ist die Ökonomie politisch?* Skriptum für die Vorlesung Politische Ökonomie. Johannes Kepler Universität Linz.

Bartel, R. (2013a): Pardon, wir sind besetzt! Weltwirtschaft, Immigration, Binnenwirtschaft und Soziales: eine Zusammenschau. In: *WISO*, 36 (2), 59-92.

Becker, G.S. (1960): An Economic Analysis of Fertility. In: Universities – National Bureau Committee for Economic Research (ed.): *Demographic and Economic Change in Developed Countries*. New York: Columbia University Press, 209-240. Online: http://www.nber.org/chapters/c2387.pdf?new_window=1 [19.7.2013]

Becker, G.S. (1974): A Theory of Marriage. In: Schultz, T.W. (ed.): *Economics of the Family. Marriage, Children, and Human Capital*, 299-351. Online: http://www.nber.org/chapters/c2970.pdf?new_window=1 [19.7.2013]

Bilger, W. (2012): Der postethnische Homosexuelle. Zur Identität „schwuler Deutschtürken“. In: *Reihe Queer Studies*, 5, Bielefeld: transcript Verlag.

Blanchard, O.; Amighini, A.; Giavazzi, F. (2013): *Macroeconomics. A European Perspective*. 2nd ed. Harlow (UK): Pearson.

Bofinger, P. (2011): *Grundzüge der Volkswirtschaftslehre. Einführung in die Wissenschaft von Märkten*. 3. Auflage, München etc.: Pearson Education.

- Buchanan, J.M.; Tullock, G. (1962): *The Calculus of Consent. Logical Foundations of Constitutional Democracy*. Ann Arbor: University of Michigan Press. Online: <http://www.econlib.org/library/Buchanan/buchCv3.html> [19.7.2013]
- Chase, R.X. (1979): Production Theory. In: Eichner, A.E. (ed.): *A Guide to Post-Keynesian Economics*. London – Basingstoke: Macmillan, 71-86.
- Commons, R. (1931): Institutional Economics. In: *The American Economic Review*, 21 (4), 648-657. Online: <https://webspace.utexas.edu/hcleaver/www/368/368commonsinstitutionalecon.html> [18.7.2013]
- Crespo, R.F. (2013): Two conceptions of economics and maximization. In: *Cambridge Journal of Economics*, 37 (4), 759-774.
- Downs, A. (1957): *An Economic Theory of Democracy*. New York: Harper & Bros.
- Eichner, A.E. (1979): A Look Ahead. In: Eichner, A.E. (ed.): *A Guide to Post-Keynesian Economics*. London – Basingstoke: Macmillan; White Plains (NY): Sharpe, 165-184.
- Eucken, W. (1950/2001): Das Problem wirtschaftlicher Macht. In: Walter-Eucken-Archiv (Hg.): *Wirtschaftsmacht und Wirtschaftsordnung*. Münster, Hamburg, London: Lit-Verlag, 9-22.
- Galbraith, J.K. (1952): *American Capitalism: The Concept of Countervailing Power*. Boston: Houghton Mifflin.
- Gordon, R.J. (1990): *Macroeconomics*. 5th ed., New York: HarperCollins Publishers.
- Helbing, D.; Kirman, A. (2013): Rethinking economics using complexity theory. In: *real-world economics review* 64, 14 (2), 23-51. Online: <http://www.paecon.net/PAERreview/issue64/HelbingKirman64.pdf> [3.7.2013]
- Humphries, J. (2013): The lure of aggregates and the pitfalls of the patriarchal perspective: a critique of the high wage economy interpretation of the British industrial revolution. In: *The Economic History Review*, 66 (3), 693-714.
- Kirchgässner, G. (1983): Ökonometrie – Datenanalyse oder Theorienüberprüfung? In: *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik*, 198 (6), 511-538.
- Mueller, D.C. (1989): *Public Choice II. A revised version of Public choice*. Cambridge (UK): Cambridge University Press.
- Popper, K. (1934/2004): *Die Logik der Forschung*. Keuth, H. (Hg.). Berlin: Akademie-Verlag.
- Porter, M.E. (1998): Clusters and the New Economics of Competition. In: *Harvard Business Review*, 77, (Nov.-Dec.), Reprint 98-609, 77-90. Online: http://www.rimisp.org/wp-content/uploads/2012/07/31_rimisp_Cardumen.pdf [19.7.2013]
- Prammer, B. (2013): *Demokratie und Krise*. Vortrag an der Johannes Kepler Universität Linz, 9.1.
- Rothschild, K.W. (1993): *Ethics and Economic Theory. Ideas – Models – Dilemmas*. Aldershot: Edward Elgar Publishing.
- Rothschild, K.W. (1999): European Integration and Economic Methodology and Research. Questions and Speculations. In: *Atlantic Economic Journal*, 27 (3), 243-253.

Rothschild, K.W. (2004): *Die politische Visionen grosser Ökonomen*. Bern: Stämpfli; Göttingen: Wallstein.

Rothschild, K.W. (2010): Alternative Konzepte der Wirtschaftspolitik. In: *Informationen zur Politischen Bildung*, 33, 5-12. Online: http://www.politischebildung.com/pdfs/33_printversion.pdf [3.7. 2013]

Russell, B. (1950/1999): *Philosophie des Abendlandes. Ihr Zusammenhang mit der politischen und der sozialen Entwicklung*. 8. Auflage, Zürich: Europaverlag.

Smith, A. (1776/1904): *An Inquiry into the Nature and Causes of the Wealth of Nations*. 5th ed. London: Methuen & Co. Online: <http://www.econlib.org/library/Smith/smWN.html> [4.7.2013]

Syll, L.P. (2013): Capturing causality in economics and the limits of statistical inference. In: *real-world economics review* 64, 14 (2), 81-89. Online: <http://www.paecon.net/PAERReview/issue64/Syll64.pdf> [3.7.2013]

Thompson, S.J. (2013): The first income tax, political arithmetic, and the measurement of economic growth. In: *The Economic History Review*, 66 (3), 873-894.

Vanberg, V.J. (1998): Freiburg School of Law and Economics. In: Newman, P. (ed.), *The New Palgrave Dictionary of Economics and the Law*, 2, London: Macmillan, 172-179.

Vanberg, V.J. (2011): The Freiburg School: Walter Eucken and Ordoliberalism. In: *Freiburger Diskussionspapiere zur Ordnungsökonomik*, 04/11.

Vickrey, W. (1996): Fifteen Fatal Fallacies of Financial Fundfamentalism. In: *Columbia University Working Papers*, 5. 10. Online: <http://www.columbia.edu/dlc/wp/econ/vickrey.html> [22.7.2013]

Weichselbaumer, D.; Winter-Ebmer, R. (2007): The Effects of Competition and Equal Treatment Laws on the Gender Wage Differential. In: *Economic Policy*, 22 (1), 235-287.

Zweimüller, M.; Winter-Ebmer, R.; Weichselbaumer, D. (2008): Market Orientation and Gender Wage Gaps. In: *Kyklos*, 60 (4), 615-635.

Endnoten

¹ Mit Bezug auf Platons Ideen- und Formenlehre sprechen die KritikerInnen der orthodoxen Ökonomik von einem Modellplatonismus, wobei die methodische Eleganz weit über der sozialökonomischen Relevanz stehe (Eichner 1979: 173).

² Im Sinn der Platon'schen Fundamentalkritik verweist der Post-Keynesianismus speziell auf den oft unkritischen und trügerischen Verlass auf standardisierte Methodik, wie etwa alle auf der Varianzanalyse basierenden Inferenzverfahren; vielmehr gehöre zu einer soliden Ursachenforschung eine Art von Theoriebildung, die wesentlich stärker auf die institutionellen und strukturellen Gegebenheiten in der Realität aufbaue (Rothschild 2010: 5 ff.; Syll 2013: 81 ff.).

³ Zwei Beispiele, wie sie zufällig heute (2.7.2013), beim Verfassen dieser Zeilen, als *publication alerts* einer wirtschaftshistorischen Zeitschrift via E-Mail eingelangt sind, haben sich gleichsam aufgedrängt.

"The new meta-narrative of the industrial revolution contends that Britain was a high wage economy and that this itself caused industrialization. Contemporary inventions, although derived from scientific discoveries shared with mainland Europe, could only be profitable in the context of Britain's factor prices. Therefore, important inventions were only developed in Britain where they enabled access to a growth path that transcended trajectories associated with more labour-intensive production methods. The criticism presented here concerns perspective and methodology. The account of the high wage economy is misleading because it focuses on men and male wages, underestimates the relative caloric needs of women and children, and bases its view of living standards on an ahistorical and false household economy. A more accurate picture of the structure and functioning of working-class households provides an alternative explanation of inventive and innovative activity in terms of the availability of cheap and amenable female and child labour and thereby offers a broader interpretation of the industrial revolution" (Humphries 2013: 693).

"The imposition of the world's first modern income tax in 1799 prompted a revival of interest in national accounting. This article examines the extent to which William Pitt the Younger, who proposed the new tax, modelled his estimates of national wealth on those produced a century earlier by the pioneers in this field, Sir William Petty, Charles Davenant, and Gregory King. In addition, the calculations of Benjamin Bell and Henry Beeke, two of Pitt's contemporaries, are analysed in detail to highlight the fragility of these contemporary estimates of national income. This analysis has important implications for economic historians who have used this material to try to establish the structure and growth of national output. National accountants during the long eighteenth century were not, for the most part, concerned with structural change. Rather, their descriptions of economic structure should be understood as reflecting a particular set of a priori claims about what they deemed to be the proper mode and distribution of taxation" (Thompson 2013: 873).

⁴ *'The most reasonable assumption about human behavior that is suggested by this simple model is that the same basic values motivate individuals in the two cases, although the narrowly conceived hedonistic values seem clearly to be more heavily weighted in economic than in political activity. (...) we shall construct (...) a theory of collective choice. This construction will require several steps. Collective action must be, under our postulate, composed of individual actions. The first step in our construction is, therefore, some assumption about individual motivation and individual behavior in social as contrasted with private or individualized activity. Our theory thus begins with the acting or decision-making individual as he participates in the processes through which group choices are organized. Since our model incorporates individual behavior as its central feature, our "theory" can perhaps best be classified as being methodologically individualistic'* (Buchanan/Tullock 1962: 3.3.8, 3.1.3).

⁵ Ein erstes Indiz für die Realisierbarkeit dieses Ansatzes findet sich aktuell in dieser Art Editorial: „Papiertiger beißt Mittelstand: Das ist keine Schlagzeile, sondern bundesdeutsche Realität. 37 Milliarden Euro werden durch Bürokratiewahn und Beamtenhaftigkeit vergeudet, sagt die offizielle Statistik. Zeit, dass sich etwas ändert: Das Handelsblatt und der von Johannes Ludewig geleitete Normenkontrollrat der Bundesregierung starten eine Aktion, die dem Papiertiger das Jagdhorn bläst. Alle Handelsblatt-Leser sind aufgefordert, unter buerokratie@handelsblatt.com ihre Erfahrungen zu schildern. Die Arbeitsteilung ist klar: Wir sorgen für Öffentlichkeit, der Kontrollrat für Abhilfe“ (Handelsblatt-MorningBriefing@kompakt.handelsblatt-service.com 2013, 19.7.).